

Saale-Zeitung.

Zehntennndreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
gleichzeitiger Zustellung 2,75 M., Jahr
bei Post 5,25 M., ausländ. Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Nachschubstellen angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Bezugsamt
unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Erscheinenszeiten von 10^h bis 12^h, Uhr.
[Verleger: Redaktion Nr. 2332. — Expedition Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition
von untern Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditoren angenommen.
Werkstätten bis 20 Pfg.
Erfindet nichtentgeltlich postfrei;
Sonntags und Feiertags einmal,
sonst pro mal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Beitrag
ist nicht gestattet.]

Nr. 185.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 23. April

1903.

Deutsches Reich.

Sole und Personalangelegenheiten.

* Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich haben die Königin von Portugal zu einer Fahrt von Neapel nach Capri ein und haben sich mit der Königin an Bord des „Saphir“ gehen dortselbst begaben.

Der Schluß des Wahlgesetzes vor dem Reichstage.
Die Vorlage betreffend den Schluß des Wahlgesetzes über, wie der amtliche Ausdruck lautet, die „Bekanntmachung“ betr. Abänderung des Wahlgesetzes für die Reichstagswahlen ist in der gestrigen Sitzung des Reichstags mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Konserwativen und „Frei-“, Konserwativen, die seit Wochen ihrer Wichtigkeit über die neuen Wahlbestimmungen zum Schluß des Wahlgesetzes Ausdruck gegeben und sich mit dem „Kollektat“ bis zum Ueberbrück beschäftigt hatten, wogten es nicht, von Woten zu Taten überzugehen und von den Mitteln der Geschäftsordnung gegenüber den beschriebenen Bestimmungen Gebrauch zu machen. Ihrem Unmut machten sie nur in Worten Luft — die Abg. Gomp und Simbrugg waren ihre Sprecher — aber als es zur Abstimmung kam, stimmten sie zum Teil sogar, wenn auch äusserlich feind und unter Beschweigen, für die „Bekanntmachung“. Sie wogten bei weitem nicht alle, ihre Gegnerlichkeit gegen das gesamte Wahlrecht öffentlich zu bekünden. Von den Deutschkonserwativen stimmten verhältnismäßig noch mehr Mitglieder für die Vorlage als von der Reichspartei, die die rechts stehenden Konserwativen an reaktionärer Gesinnung wounglich noch zu überbieten sollte. Einer von den Deutschkonserwativen, die nicht für die Vorlage stimmten, war Abg. Dertel; er scheint also seine Angst vor dem Joch der Wähler zu haben, wie mannte seiner Fraktionsschweigen, die gute Meute zum bösen Spiel machen. Oder hat er im Gesichte auf Seiden 9 schon verstanden? Von der Linken sprachten besonders glänzlich die Abgeordneten Dr. Wachs und Dr. Wachsman. Auch Staatssekretär Graf Solf und W. W. machte einige Bemerkungen, die den Reaktionären nicht recht angenehm gewesen sein können. Er sagte, wer Gegner der gemeinen Wahl sei, habe den Mut haben, eine Abänderung der Verfassung und Einführung der öffentlichen Abstimmung zu beantragen. Wer das aber nicht wollte, der habe auch nicht das Recht, der Regierung Konserwativ zu machen, wenn sie die gemeine Wahl schätze.

Die Bestimmungen zum Schluß des Wahlgesetzes sind nun da. Der Reichstag hat ferner auf Antrag des Abg. Seibler v. Soden e. g. beschlossen, den Reichstagsrat zu ernennen, bei Ausübung der Bekanntmachung, Anordnungen zu treffen, was nach die Wahlgesetze zu bekräftigen sind, daß die Unklarheiten durch eine Erklärung (Spezial) im Detail des Wahlgesetzes zu klären sind, der Text selbst jedoch bis Schluß der Wahlhandlungen gelassen werden wird. In den Wahlen ist es jetzt, das für zu sorgen, daß die neuen Bestimmungen überall strikte befolgt werden.

Was geht in Sachsen vor?

Aus Dresden, 21. April, schreibt uns unser Wohnortsmann: Es muß schon weit gediehen sein mit der tatsächlich seit einiger Zeit unvorstellbaren Mißstimmung, die sich weiter Kreise der sächsischen Bevölkerung und namentlich der breitesten Schichten der Einwohnerklasse Dresden's bemächtigt hat, wenn ein so ernstes, jeder Sozialdemokrat abgenutztes Wort, wie die „Dresdener Nachrichten“, neben dem „Vaterland“ das sich von der Hand der Konserwativen in den Artikel, in welcher die heutige Ausgabe schreibt, die Wogen öffentlich vor offensichtlichen Tatsachen, auf die man bei jedem Schritt hoh, verdächtigen, wenn man diese Mißstimmung (genücht der Dresdener Bevölkerung) senken wolle. Ueber die Ursachen dieser völlerpsychologisch höchst bemerkenswerten Erscheinung heißt es dann, nachdem der gedrückten Lage der allgemeinen Erwerbsverhältnisse, der verfallenen Staatsfinanzen usw. gedacht ist, weiter:

„Besonders aber ist die Gemütsstimmung vieler Schichten in letzter Zeit bedüht worden durch die nachhaltigen Versuche offiziieller Kreise, auf die Empfindungs- und Stimmung der Dresdener Einwohnerschaft bestimmend einzuwirken (natürlich Emulungsgründe bei der Mißdeh des Königs, D. H. H.). Es muß ausgesprochen werden, daß mit den getriebenen Maßnahmen ein nicht weniger als sächsischer Weg betreten worden ist, selbst wenn man zunächst auf einen äußeren Erfolg hinwirken kann. Diese Vorfahrung reicht weit in die Kreise der Bevölkerung hinein, deren hauserhaltende, nationale und moralische Gesinnung über alle Zweifel erhaben ist. Es liegt hier ein Mißgriff vor, der als Gemütskranke empfunden wird.“

Schließlich fordert das Blatt eine Ausbesserung zwischen Oberbürgermeister und Stadtvorordneten-Kollegium über die Stimmung in Dresden. Das Mißmut und Unlust zur Teilnahme am politischen Leben aber nicht bloß in der Residenz, sondern im ganzen Lande sich bemerkbar machen, das botanematisch, abgesehen von einer Dresdener Auflicht an die Wähler „Mat.-Ztg.“ ein „Gott sei mit dir, mein Sachse-land!“ überzeichneten Artikel der „Dresd. N. Nachr.“, der u. a. ebenfalls die sächsischen Finanzlage und die unzureichend überprüften Vorarbeiten der letzten Zeit für die „Gewalterschulde“ und den „erfordernden politischen Anstrebens“ verantwortung macht, daß tatsächlich die besten Kreise den Geschmack am öffentlichen Leben zu verlieren begangen, setzt ja deutlich der notorische Kandidatenmangel bei den Vorbereitungen für die Reichstagswahlen.

Politische.

* Die deutschen und englischen Stellungnahmen, die von einem Besuch des Kaisers in Genua und einer Wiedervereinigung des Kronprinzen mit der Prinzessin Alexandra von

Gumbelnd sprachen, werden jetzt zum Ueberflus auch offiziell bemerkt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt nämlich: Der Londoner „Daily Telegraph“ hat die Nachricht gebracht, der deutsche Kronprinz werde im Laufe des Sommers einen Besuch in Karlsruhe machen, um dort der Prinzessin Alexandra von Gumbelnd zu begegnen. Diese Meldung ist gegenstandslos, sowohl den tatsächlichen Umständen nach, wie auch namentlich mit Beziehung auf die Tendenz, für eine angeblich geplante Verbindung zwischen dem Kronprinz und der Prinzessin von Gumbelnd Stimmung zu machen. Ebenso falsch ist eine aus Genua datierte Angabe des „Savoischen Anzeigers“, daß der Kaiser für Herbst dieses Jahres einen Besuch am Hofe des Herzogs von Gumbelnd beabsichtige und vorausichtlich als Jagdtag mehrere Tage in Genua verweilen werde.

* Weder Waffenteile noch Kiel werden neueren Nachrichten zufolge den Besuch des amerikanischen Geschwaders erhalten. Die vielschweifige „Washingtoner“ Expedition nach den europäischen Gewässern unterließ, weil sich von dem geplanten Geschwader nur drei Fahrzeuge, die „Kearney“, die „Alabama“ und die „Albatros“ als benützlich erwiesen haben. — Wenn der Grund, der für die Nichtsendung des Geschwaders angegeben wird, tatsächlich der richtige ist, so wäre das eine merkwürdige Illustration zu der Unzuverlässigkeit, der Amerikaner sich kürzlich noch bezeugt. Das Weite an der Sache ist aber, daß damit endlich die Eifersüchteleien und Empfindlichkeiten gegenstandslos werden, die sich in gewissen Kreisen bereits geltend machten, weil die Franzosen das Geschwader haben wollten, Deutschland aber trotz der Einladung des Kaisers nicht.

Waffenverhältnisse.

* Dem Vernehmen nach „A. T.“ nach wird noch einige Zeit vergehen, bis definitiv bestimmte Entschlüsse als Antwort auf die soppolitischen Waffragen Kanadas gefaßt sein können. Dies erklärt sich daraus, daß weder das auswärtige Amt, noch das Reichsamt des Innern allein in der Angelegenheit entscheiden können. Vielmehr haben sich auch noch andere amtliche Stellen dazu zu äußern. Ferner ist beabsichtigt, auch Interessententeile gutachtlich über die Frage zu hören.

Ärzte und Zahn.

* Auf die neuzeitliche Erklärung des Kaisers Dasbach zu der Herausforderung des Grafen Goensbrooch bezüglich Nachweises des Grundbesitzes „der Zweck heißt die Mittel“ in der zeitlichen Literatur antwortet Goensbrooch jetzt, indem er sich nicht einverstanden erklärt, daß bei Auslegung dieses Grundbesitzes der Sinn desselben so verstanden werden soll, daß es sich dabei nicht um sogenannte indifferente Mittel, sondern um schlechte, verwerfliche Mittel handeln müße. Aber der berüchtigte Grundbesitz dürfe nicht dahin ausgelegt werden, daß durch ihn jede sittlich verwerfliche Handlung erlaubt werde. Graf Goensbrooch schreibt dazu:

„Von allen und jeden in sich sittlich verwerflichen Handlungen ist und kann natürlich in den betreffenden Stellen der juristischen Schriften nicht die Rede sein; sondern es ist dort — wie ich nachweisen werde — die Rede davon, daß bestimmte, aber in sich sittlich verwerfliche Handlungen dadurch, daß sie vollbracht werden, um als Mittel zur Erreichung eines guten Zweckes zu dienen, suttlich erlaubt sind. Der Zweck, daß der Grundbesitz, der gute Zweck heißt das schlechte Mittel, sich in juristischen Schriften findet, ist durch den Nachweis erbracht, daß dort der Grundbesitz aufgestellt wird: in gewissen Fällen und unter gewissen Umständen und gewisse, bestimmt bezeichnete, in sich sittlich verwerfliche Handlungen, die als Mittel suttlich erlaubt, weil sie in den betreffenden Fällen als Mittel dienen zur Erreichung eines guten Zweckes.“

Graf Goensbrooch will jetzt, um Herrn Dasbach entgegenzusetzen, als Schlichter die juristischen Fakultäten der drei größten deutschen Hochschulen Berlin, Leipzig, München aufstellen. Damit sei bei der Aufhebung die Konstitutionalität völlig ausgeklüht, und nur die strenge Wissenschaft habe das Wort. Der Graf scheint sich seiner Sache außerordentlich sicher zu sein.

Parlamentarisches.

* Im Lande an sich von Elb-Lothringen wurde gestern Nacht abgesetzt für die Erreichung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität Strassburg beraten. Unterstaatssekretär v. Scharnt begündete den Entwurf, welcher eine Förderung von 44,075 M. anforderte und 22,000 M. an einmaligen Ausgaben für die Fakultät sowie eine Neuregelung der Verhältnisse des städtischen St. Symons-Klosters enthält. Der Redner betonte, daß die Wünsche, das Reich möge die Kosten für die Fakultät übernehmen, ansichtslos seien, weil das Reich 400,000 M. und das Land nur 700,000 M. für die Universität übernehmen haben und überhaupt kein Land so wenig zu einer Landesuniversität zögern. In der Debatte wurde eine prinzipielle Gewerkschaft aus dem Sinne nicht erhoben, nachdem die Erreichung der Fakultät vom päpstlichen Stuhl einmal genehmigt worden ist, nur finanzielle und strengenrechtliche Bedenken wurden dagegen geltend gemacht. Staatssekretär Müller ergriff wiederholt das Wort und erklärte u. a., daß die Vorlage mit germanisch-romanischen Tendenzen an sich nicht zu tun habe; die Sekularisation des Landes sei in den letzten Jahren so vorgehritten, daß man im großen und ganzen Elb-Lothringen als ein deutsches Land betrachten könne.

Wahlbewegung.

* In einer Aufsicht aus dem Reichsrecht Schöllen wird in der „Mat.-Ztg.“ unter der Ueberschrift „Der politische Bankrott in Sachsen“ als das einzig Greulichste an dem ganzen Wahlkampf bezeichnet, daß die Wähler liberalen nicht haben entscheiden können, für einen Mann wie den Vetter des Dogns des Bundes der Landwirte Dr. Dertel eingetreten. In einer zweiten Aufsicht aus Freiberg wird in

der „Mat.-Ztg.“ ausgeführt: Die Ansicht, daß das demokratie die Rechte Dr. Dertels zum mindesten ebenso erheblich ist, wie das Verbot der Sozialdemokratie, ist in Kreise eine weit verbreitet. „Die der „Mat.-Ztg.“ ferner aus dem bisherigen Wahlkreise des Agarters Dertel mitgeteilt wird, ist die Besprechung der „Deutsche Anzeiger“, daß der als Gegenüber gegen Dertel aufgestellte vorzuziehende Mann aus dem Wahlkreisumfeldum Wachsen nicht auch von nationalliberaler Seite unterstützt würde, unwohl. Das Komitee liberaler Wähler“ umfasse in seiner Mehrheit Nationalliberale, die ihre volle Unterstützung der Kandidatur Wachsen zugesichert haben. Eine Erklärung der „Säch. Nationallib. Korr.“, daß der sächsisch-nationalliberale Landesverein Zutreffend nicht unterstützen könne, wird der 9. Wahlkreis (Freiberg) dem Kartellbeiträge unterworfen ist, siehe im Wiederzug zu Erklärung, die seitens maßgebender Persönlichkeiten des sächsischen Landesverbandes der nationalliberalen Partei erfolgt sind. „Doch habe eine Reihe Anstaltsmitglieder des nationalliberalen Landesverbandes dem Kartell nur unter der Bedingung angeschlossen, daß außer dem Wahlkreise Töbeln und der Wahlkreis Freiberg vom Kartell ausgeschlossen sei. Die Erklärung des Landesverbandes in der „Säch. Nationallib. Korr.“, daß denn auch den Anstalts sämtlicher Nationalliberaler im Wahlkreis Freiberg aus dem Landesverein zur Folge gehabt.“

* Im Wahlkreise Giebichenfeld-Garmen haben die Freisinnigen als Bählhanddaten den heiligen Abg. Müller-Sagan aufgestellt.

Verwaltung und Reichsfrage.

* Ein Reichsverleumdung ist an diesem Dienstag herausgegeben von der Abteilung für die Verstaatlichung des Staatlichen Reichsamt, zum ersten Male erschienen.

Ober und Holte.

* Generaloberst Graf Gölzler, der kommandierende General des XVI. Armeekorps, hat, wie aus Wien gemeldet wird, ansichtlich seines bevorstehenden 50jährigen Dienstjubiläums (28. d. M.) eine Pension in Höhe von 111 1/2 Tausend Gulden durch die Pensionbank abgefordert, dagegen einen Betrag von 10 1/2 Tausend Gulden angenommen. In dieser Eözung werden sich über 2500 Personen mit dem Waffkorps beteiligen.

* Von den jüngst neu ernannten Divisionss-Kommandeuren steht Generalleutnant v. Kleist, Kommandeur der 38. Division in Erfurt, seit April 1869 in aktiven Dienst. Unpünktlich zum 1. Mai 52. Infanterie-Regiment und in diesem 1870 von dem Kommando beurlaubt wurde er 1871 in das 7. Drag.-Regim. versetzt und kam später in den Generalstab. Von 1892 bis 1893 kommandierte er das 3. Infanterie-Regim. in Frankfurt a. O., war dann Abteilungschef im großen Generalstab und seit 1898 Kommandeur der 36. Kavallerie-Brigade in Danzig. Im September 1901 wurde er mit Bekräftigung der Beförderung des Hauptmanns der 1. Kavallerie-Brigade in Danzig beauftragt und im April v. J. Generalleutnant und Inspektor.

* Ein neuer Jäger-Bataillon soll noch dem Reichstags Anzeiger für das 18. Armeekorps errichtet werden und habe Weisklein die meiste Aussicht, die Garnison zu bekommen.

Deutscher Reichstag.

(Beitrag der Saale-Ztg.)

292. Sitzung vom 21. April, 2 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.
Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky, Kracke

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung, indem er die Mitglieder nach der Othepauls aus bezügliche begrüßt.

Zur Eözung der verbleibenden Mitglieder Wunderl und K. u. d. erhebt sich das Haus von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abänderung des § 21 des Reichsgesetzes vom 21. März 1870. Es handelt sich darum, die Beitrittsorten in China ebenso zu stellen, wie die anderen Staaten in den Kolonien.

Eine Debatte findet nicht statt, der Entwurf wird in der sofort darauf folgenden zweiten Beratung unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend Abänderung des Wahlgesetzes vom 28. Mai 1870. Es handelt sich um die bekannte Vorlage bezüglich Einführung von Wahlkreisen und Stimmkreisen.

Abg. Gröber (Centr.) zur Geschäftsordnung führt aus, daß es hier nicht um ein Gesetz, sondern nur um eine Wahlrechts-Vorordnung handle, er beantrage, daß daher nur eine einmalige Beratung stattfinde.

Graf Posadowsky teilt die Auffassung, daß eine Beratung stattfinden müsse.

Abg. Gumbelnd (N. D.) bittet den Abg. Gröber, seinen Antrag zurückzuziehen, um erst die Debatte abzuwarten, seine Freunde beabsichtigen, durchsine keine Opposition zu treiben.

Hierauf wird der Antrag Gröber gegen die Stimmen der Reichspartei angenommen, es findet also nur eine Beratung statt.

Abg. Gröber (Centr.) beantragt die Vorlage, sollte jedoch gewünscht, daß sie noch weiter gegangen würde, und sich den Beschlüssen des Reichstags mehr angepaßt hätte.

Abg. Gumbelnd (N. D.) ist schwer verständlich. Gegen den Zweck der Vorlage, das Wahlgeheimnis zu sichern, haben wir nichts einzuwenden, aber wir glauben nicht, daß die Vorlage diesen Zweck erfüllt. Viele Vorfahrungen sind unklar, so die, daß der Wähler nicht länger in dem Wahlkreis bleiben darf, als nötig ist. Um das zu beurteilen, muß der Wahlvorstand der Wähler noch sehen können. Auch muß er doch die Hände des Wählers sehen, um zu beurteilen, ob er nicht sein Stimm in das Stimmrecht (Stimmrecht) im zu entscheiden, ob der Wähler wirklich eine Entscheidung in dem Stimmrecht. Auch muß der Wahlvorstand doch auch ganz neue herangehen. Dies macht doch dann den ganzen Zweck der Vorlage unklar. Das ganze Verfahren trägt den Stempel der Unklarheit. Wie wird es nun, wenn ein Wähler nicht gültig aus dem Stimmkreis herausgeschoben wird. Dann bleibt dem Wähler nichts weiter übrig, als die Stimm zu rufen. Und man denke daran, wieviel einen solchen Einbruch es machen würde, wenn der Reichstagsrat zur Wahl erhebt und der Wahlvorstand ihm dann folgt. Erziehung müssen noch ein wenig

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Gewerkschaften... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge... Die Allgemeine Betriebsgesellschaft für Motorfahrzeuge...

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Handel, Gewerbe und Verkehr. (Continuation of the first column)

Wasserstände... (Continuation of the first column)

Table with columns: Saale und Unstrut, April, Fall, Woch.

Table with columns: Moldau, Isar, Eger, Elbe, April, Fall, Woch.

Berliner Börse, 21. April

(Ergänzung zu den telegr. Mitteilungen im gestr. Abendblatt)

Bank-Diskonto... (Continuation of the first column)

Deutsche Fonds n. Staatspap... (Continuation of the first column)

Deutsche Eisen-Prior. Oblig... (Continuation of the first column)

Deutsche Eisen-St. Prior... (Continuation of the first column)

Eisen-Prior-Obligations... (Continuation of the first column)

Industrie Aktien... (Continuation of the first column)

Eisenbahn Stamm Aktien... (Continuation of the first column)

Ausland. Eisenbahn Stamm... (Continuation of the first column)

Hypoth.-Pfand-u. Rentenbr... (Continuation of the first column)

Leipziger Börse, 21. April

3 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

4 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

5 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

6 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

7 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

8 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

9 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

10 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

11 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

12 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

13 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

14 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

15 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00

16 Sächs. Rent-Anl. 1000 90,00